



Industrie- und Handelskammer  
Erfurt

Hauptgeschäftsführerin

Thüringer Landtag  
Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale  
Gesellschaft  
Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt

THÜR. LANDTAG POST  
12.07.2023 13:36

18707/2023

## Den Mitgliedern des AfWWDG

Zustellung per E-Mail an:

[poststelle@thueringer-landtag.de](mailto:poststelle@thueringer-landtag.de)

Thüringer Landtag  
Z u s c h r i f t  
7/2712

zu Drs. 7/7451/8029

7. Juli 2023

### Stellungnahme zu den Drucksachen 7/7451 und 7/8029

**Gesetz zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes – Bürokratieabbau und  
Verfahrensvereinfachung im Thüringer Vergaberecht  
Gesetzentwurf der CDU-Fraktion**

**Gesetz zur Änderung des Thüringer Vergabegesetzes  
Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

die Arbeitsgemeinschaft der Thüringer Industrie- und Handelskammern (IHKs) bedankt sich für Ihr Schreiben vom 7. Juni 2023 und die Gelegenheit zur Stellungnahme zu den beiden o.g. Gesetzentwürfen.

Die Thüringer Industrie- und Handelskammern haben sich in der Vergangenheit regelmäßig zum Thüringer Vergabegesetz insgesamt sowie zu Einzelregelungen des Gesetzes überwiegend kritisch geäußert. Grundsätzlich setzen wir uns seit jeher dafür ein, dass das Thüringer Vergabegesetz unbürokratisch, verständlich und nur auf wenige Vergabekriterien fokussiert ist. Ein nach diesen Kriterien aufgestelltes Vergabegesetz muss zwingend das Ziel verfolgen, die Vergabe öffentlicher Aufträge insbesondere für Unternehmen, die gewillt sind, sich an öffentlichen Vergaben zu beteiligen, attraktiv zu gestalten. Zuletzt beobachten wir, dass die Teilnahme von Unternehmen an Vergaben öffentlicher Aufträge rückläufig ist und die



Unternehmen dafür vielfältige Gründe regelmäßig spiegeln. An dieser Stelle ist es wichtig zu erwähnen, dass die Thüringer IHKs stets auf eine Verschlinkung des Vergabegesetzes hingewirkt haben, bisher jedoch keinerlei sichtbare und merkbare Verschlinkung des Gesetzes erfolgte. Vielmehr wurden dem Thüringer Vergabegesetz immer weitere Regulierungen aufgetragen.

Auch im Rahmen dieser Anhörung erfolgt die Positionierung der Thüringer IHKs klar hin zu einer Verschlinkung des Gesetzes. Wir sehen die Weiterentwicklung des Thüringer Vergabegesetzes inhaltlich stark mit dem bestehenden Evaluierungsgutachten der Landesregierung aus dem vergangenen Jahr verknüpft. Viele Empfehlungen des Gutachtens sollten nun bei der Novellierung berücksichtigt und übernommen werden. Denn das Gutachten zeigt an vielen Stellen, wie Vereinfachung und Verschlinkung des bestehenden Gesetzes gelingen können.

Zum Entwurf der CDU-Fraktion nehmen wir wie folgt Stellung:

Die grundsätzliche Zielrichtung des Gesetzentwurfes, den Vergabeprozess für alle Beteiligten so einfach wie möglich zu gestalten, ohne dass Unternehmen an Rechtssicherheit einbüßen, begrüßen wir ausdrücklich. Vor allem die substanziellen Abschlachtungen von Formblättern und Nachweispflichten tragen maßgeblich zur Verschlinkung bei. Die enge Orientierung am Evaluierungsgutachten entspricht in weiten Teilen unseren Forderungen.

Die Erhöhung der Wertgrenzen für Verhandlungsvergaben auf 215.000 Euro im Liefer- und Dienstleistungsbereich und das Ausbleiben von Veröffentlichungen auf der Vergabeplattform bewerten wir als kritisch, denn beide Maßnahmen schränken den Vergabewettbewerb ein. Eine Wertgrenze von 100.000 € im Liefer- und Dienstleistungsbereich sehen wir als angemessen. Die definierte Wertgrenze im Baubereich in Höhe von 250.000 € erachten wir als angemessen.

Regelungen zu umweltbezogenen und sozialen Aspekten sollten nach unserer Auffassung komplett aufgehoben werden, da sie im Entwurf als Kann-Bestimmungen aufgeführt werden und nicht zur Verschlinkung des Vergabegesetzes beitragen.

Die Ersetzung der verschiedenen Formblätter durch eine allgemeine Erklärung beziehungsweise Eigenerklärung begrüßen wir, denn einerseits wird die Abschaffung der Formblätter auch seitens des Evaluierungsgutachtens empfohlen. Andererseits würde dies zu einer deutlichen Verschlinkung des Gesetzes beitragen. Auch die Ausweitung digitaler Kommunikationswege und Möglichkeiten der Angebotsabgaben per E-Mail begrüßen wir,

denn beides würde zu Beschleunigung und Verschlankung der Verfahren führen. Insbesondere im Unterschwellenbereich würde dies eine erhebliche Entlastung bedeuten.

Die avisierte Absenkung der Beträge für Vergabenachprüfungsverfahren von 150.000 Euro auf 75.000 Euro im Baubereich begrüßen wir, denn damit wird die Rechtsschutzmöglichkeit für die Unternehmen ausgeweitet.

Zum Entwurf der Regierungsfraktionen nehmen wir wie folgt Stellung:

Zunächst begrüßen wir, dass sich auch dieser Entwurf an einzelnen Punkten des Evaluierungsgutachtens der Landesregierung orientiert. Allerdings erfolgt die Orientierung nur an sehr wenigen Stellen des Gutachtens beziehungsweise greift nur einzelne, ganz wenige relevante Punkte auf. Die nur begrenzte Orientierung am Gutachten wird durch die parallel im Entwurf platzierten Neuregelungen gänzlich entwertet.

Die auch im Evaluierungsgutachten empfohlene Anhebung des vergabespezifischen Mindestlohns lehnen wir, wie bereits oben erläutert, ab. Die offenkundig beabsichtigte Verschlankung des Vergabegesetzes begrüßen wir grundsätzlich. Es finden sich jedoch nur wenige Anhaltspunkte im Entwurf, die dieser Absicht tatsächlich und in der Gesamtbewertung der vorgelegten Änderungen Rechnung tragen.

Die Einrichtung einer Landesvergabeberatungsstelle ist gänzlich verzichtbar. Zum einen halten die Thüringer IHKs diese Expertise seit Jahren vor. Dies ist im Übrigen auch in der Thüringer Richtlinie zur Vergabe öffentlicher Aufträge rechtlich festgehalten. Zum anderen ist die beim Thüringer Landesverwaltungsamt angesiedelte Thüringer Vergabekammer jederzeit ansprechbar. Die praktischen Erfahrungen dieser zeigen, dass auch individuelle Anfragen oder Anforderungen von der Thüringer Vergabekammer beratend beantwortet werden. Eine zusätzliche Landesvergabeberatungsstelle würde zum einen personelle Ressourcen des Landes binden, die möglicherweise an anderen Stellen aktuell dringender benötigt würden. Weiterhin würde es einen Aufbau von Doppelstrukturen bedeuten, den es unbedingt zu vermeiden gilt.

Bei Verstößen gegen Verpflichtungen der öffentlichen Auftragsvergabe werden Unternehmen aktuell für drei Jahre aus Verfahren der öffentlichen Auftragsvergabe ausgeschlossen. Diese Regelung ist angemessen und hat sich bewährt. Eine Erweiterung auf fünf Jahre ist willkürlich und entbehrt jeder objektiven Begründung.

Die Einführung eines Registers für von der öffentlichen Auftragsvergabe ausgeschlossene Unternehmen lehnen wir entschieden ab. Das wäre eine bundesweit einmalige Sonderlösung in Thüringen, die wieder Personal binden sowie neue bürokratische Lasten und Verpflichtungen mit sich bringen würde. Wir sehen an dieser Stelle das Wettbewerbsregister gemäß Wettbewerbsregistergesetz auf Bundesebene als ausreichend an.

Eine weitere, vor allem schnellere und dem Prinzip der „Ende-zu-Ende“ gerecht werdende Digitalisierung von Vergabeverfahren begrüßen wir ausdrücklich.

Verfahrensvereinfachungen durch die Möglichkeit abweichender Festlegungen bei Direktaufträgen begrüßen wir unter dem Vorbehalt, dass die Teilnahme am Vergabeverfahren für Unternehmen attraktiver und keine unnötige Bürokratie weiter aufgebaut wird. Auch eine Kommunikation bei Direktaufträgen per E-Mail begrüßen wir.

Folgende Fragen des Fragenkatalogs zur Anhörung zu den Drucksachen 7/7451/8029 beantworten wir wie folgt:

8. und 9.

Diese Fragen können nicht beantwortet werden, da in den Drucksachen keine entsprechenden Änderungen nachvollziehbar sind und demnach keine Änderungen entsprechend vorgenommen wurden.

10.

Auch in der Vergangenheit haben die Thüringer IHKs stets verdeutlicht, dass sozial-ökologische Aspekte nicht Gegenstand des Vergabegesetzes sein sollten. Wir haben uns immer für ein schlankes und unbürokratisches Vergabegesetz eingesetzt und besetzen diese Position auch weiterhin.

11.

Den Vorschlag, gesetzliche Mindestgrenzen für Direktaufträge, Verhandlungsvergaben und beschränkte Ausschreibung ohne Teilnahmewettbewerb einzuführen, befürworten wir. Es sollte eine Dynamisierung in Verbindung mit der regelmäßigen Anpassung der EU-Schwellenwerte aufgenommen werden.

12.

Den Vorschlag der Einführung einer maximal einseitigen Eigenerklärung zum Ersatz der bisherigen Formblätter begrüßen wir ausdrücklich, denn dies führt zu einer erheblichen Bürokratieentlastung auf Seiten der Unternehmen.



13.

Das Vergabegesetz ist ausdrücklich nicht der richtige Ort, um soziale und ökologische Kriterien in öffentlichen Projekten zu verankern, da dies zu einer weiteren Überregulierung führt und der unsererseits geforderten Verschlankung und Vereinfachung diametral entgegensteht.

Alle weiteren, im Katalog aufgelisteten Fragen haben wir im Rahmen der Stellungnahme zu den beiden Gesetzentwürfen bereits beantwortet.

Im Sinne der Unternehmen in Thüringen hoffen wir, dass Sie die Anregungen der Thüringer Wirtschaft wohlwollend aufnehmen und entsprechend umsetzen. Auch in Zukunft stehen wir Ihnen als Ratgeber und Interessenvertreter der Thüringer Wirtschaft bei allen Fragen gern zur Seite.

Mit freundlichen Grüßen

Hauptgeschäftsführerin der Industrie- und Handelskammer Erfurt  
im Auftrag der Arbeitsgemeinschaft der Thüringer Industrie- und Handelskammern